



**Regierungserklärung durch
Herrn Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann MdL
zur Flüchtlings- und Integrationspolitik der Landesregierung**

**„Herausforderung bewältigen, Verantwortung übernehmen,
Integration zum Erfolg führen“**

am 1. Oktober 2015

„Protokollversion“

Sehr geehrter Herr Präsident,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

- am 27. August wird an der Autobahn 4 im österreichischen Burgenland ein LKW mit 71 Leichen entdeckt: Kinder, Frauen und Männer aus Afghanistan, Syrien und dem Irak, die auf ihrer Flucht qualvoll erstickten.
- Am 2. September wird ein Kind an einem Strand nahe der türkischen Touristenhochburg Bodrum angespült: der Dreijährige Aylan aus Syrien, dessen Boot bei der Flucht kenterte: er und 11 weitere Menschen ertranken in den Wellen des Mittelmeers.

Diese und andere Ereignisse haben sich in unser Gedächtnis eingebrannt, diese Bilder lassen niemanden von uns kalt: sie bewegen, sie berühren, sie bestürzen uns.

Diese Bilder stehen stellvertretend für unzählige schreckliche Schicksale, die Menschen in diesen Wochen erleiden; darunter viele Schicksale, die niemand erfährt, die niemand beweint, die nicht in den Abendnachrichten auftauchen.

Heimat, Flucht und Hilfsbereitschaft

Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr.

Niemand verlässt seine Heimat leichtfertig und ohne Grund.

Wir Baden-Württemberger sind heimatverbunden, wir sind stolz auf unsere starke Wirtschaft, wir schätzen und pflegen unsere Traditionen und unsere kulturelle Vielfalt.

Wir wissen, was wir an unserem geordneten Gemeinwesen haben, an unserer hohen inneren Sicherheit, an unserer politischen Stabilität, an unserer Rechtsordnung, an unserer Demokratie und Freiheit.

Wir sind dankbar, dass es uns gut geht, das ist alles andere als selbstverständlich.

Wir wissen, welch Glück es ist, Baden-Württemberg seine Heimat nennen zu dürfen.

Und weil wir heimatverbunden sind, können wir nachempfinden, was es bedeutet, wenn man entwurzelt, vertrieben und seiner Heimat beraubt wird.

Ich glaube, auch deshalb sind wir besonders hilfsbereit.

Und weil wir wirtschaftlich stark sind, können wir auch solidarisch sein.

Auf die unglaubliche Hilfsbereitschaft, mit der unsere Bürgerinnen und Bürger die Flüchtlinge, die es nach langen Strapazen bis zu uns geschafft haben, begrüßen und unterstützen, bin ich sehr stolz.

Diesen stillen Heldinnen und Helden des Sommers danke ich ganz herzlich!

Aber leider gibt es auch bei uns die andere, die dunkle Seite: Auch in Baden-Württemberg gab es Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, auch bei uns gibt es leider Hass und Ausgrenzung.

Wir verurteilen das auf das Allerschärfste. Der gesamte Landtag hat dies in einer Erklärung bekräftigt. Und wir gehen mit der ganzen Härte des Rechtsstaats dagegen vor.

Diese Menschen, die Hass und Gewalt säen, sollen wissen: Die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen im Land ist gegen Euch.

Wir Baden-Württemberger sind:

- heimatverbunden und hilfsbereit,
- stark und solidarisch,
- selbstbewusst und zupackend.

Und noch nie kam es auf diese Stärken unseres Landes und seiner Menschen so an wie heute, in einer Zeit der globalen Krisen.

Denken Sie nur an das barbarische Regime des IS, den schrecklichen Bürgerkrieg in Syrien oder den zerfallenden Irak.

Bewährungsprobe für unsere Werte und Europa

Die Würde, die Reife und die Kraft einer Gesellschaft zeigen sich am klarsten in einer Krisensituation:

- Haben Grundrechte Bestand, auch dann, wenn von ihnen vielfach Gebrauch gemacht wird und sie unter Druck geraten?
- Leben wir unsere Werte auch dann, wenn dies zeitweilig Entbehrungen mit sich bringt?
- Können wir unsere Offenheit, unsere Ordnung und unsere Identität auch in Zeiten großer Fluchtbewegungen bewahren?

Kardinal Marx hat vor einigen Tagen Folgendes gesagt, ich zitiere:

„Die Identität Europas besteht auch darin, wie man mit Notleidenden umgeht. Viele sagen, die christliche Identität Europas darf nicht gefährdet werden. Aber das gehört ja zum Wesentlichen der christlichen Identität, dass wir unabhängig von seinem Glauben und seiner Herkunft einem Menschen, der in Not ist, helfen. Und ihm mit Respekt begegnen. Wenn wir diesem Leitbild nicht entsprechen, gefährden wir die Identität Europas. Wer europäischen Boden betritt, sich Europa nähert, darf nicht Angst haben um sein Leben, nicht Angst haben, zu ertrinken oder zu ersticken.“

Dem kann ich nur voll und ganz zustimmen.

Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen.

Das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte ist kein Gnadengesetz, sondern ein Grundrecht. Dieses Recht ist eine große zivilisatorische Errungenschaft, es gehört zum Kernbestand einer menschlichen Gesellschaft und ist nicht verhandelbar.

Es ist schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich, Obergrenzen für ein Grundrecht einzuführen.

Dennoch ist der Impuls vieler Menschen richtig, sich über die Dimension der Herausforderung zu verständigen.

Die Lage ist dramatisch:

- Im Libanon haben 1,2 Millionen Syrer Zuflucht gefunden.
- In der Türkei befinden sich über 2 Millionen Flüchtlinge.
- Wir wissen von zehntausenden Flüchtlingen, die derzeit in benachbarten Staaten sind und bald hier eintreffen: in Österreich sind es 42.000 Syrer, Iraker und Afghanen, in Kroatien 26.000, in Serbien 8.000.
- Allein in Bayern überqueren aktuell täglich 10.000 Flüchtlinge die Landesgrenze.
- Nach Deutschland kamen allein seit dem 5. September insgesamt über 220.000 Menschen, nach Baden-Württemberg über 23.000 – das sind die Zahlen von Dienstag, als ich die Regierungserklärung beim Landtag eingereicht habe. Heute sind wir bereits bei über 27.000.

Was wäre, wenn Damaskus an den IS fällt? Was, wenn Millionen Alawiten aus Syrien fliehen?

Weder wir in Baden-Württemberg, noch wir in Deutschland werden die steigende Zahl an Flüchtlingen allein bewältigen und schon gar nicht die Fluchtursachen wirksam bekämpfen können.

Wir stoßen allenthalben an Grenzen.

Derzeit nehmen Deutschland und Schweden die Hälfte aller Flüchtlinge in der EU auf. Das ist auf Dauer nicht tragbar.

Deshalb sage ich klipp und klar: wer sich in Europa der Aufnahme von Flüchtlingen verweigert, der tritt europäische Werte mit Füßen, der handelt verantwortungslos, der riskiert ein Scheitern Europas.

Wir brauchen ein Europa, das nationale Egoismen überwindet und die Kraft zum gemeinsamen Handeln findet. Ein Europa, das Zuwanderung steuert, ein Europa, das Ordnung und Offenheit in eine gelungene Balance bringt.

Die europäischen Beschlüsse von letzter Woche zur Verteilung von 120.000 Flüchtlingen per Quote, die Einrichtung von „Hotspots“ und die stärkere Unterstützung des Welternährungsprogramms, genauso wie die Aufstockung der Nothilfe durch die Bundesregierung sind erste richtige Schritte, aber mehr auch noch nicht.

Was wir brauchen, ist eine europäische Strategie zur Stabilisierung der fragilen Lage in vielen Ländern und zur Bekämpfung der Fluchtursachen ein entschlossenes Agieren der internationalen Staatengemeinschaft. Wir müssen:

- den Balkan wirtschaftlich voranbringen und stabilisieren,
- die Zusammenarbeit mit der Türkei intensivieren,
- Flüchtlingslager vor Ort, im Libanon, in Jordanien, stärker unterstützen, Grundversorgung gewährleisten, damit die Menschen dort nicht weiterziehen müssen,
- eine politische Lösung für Syrien konsequent angehen,
- die vielen Probleme und Konflikte in Afrika stärker in den Blick nehmen.

Das mahnen wir an, das fordern wir ein!

Denn wir – das Land und die Kommunen – stehen in der Pflicht, die Menschen, die in Not zu uns kommen, gut unterzubringen und zu integrieren.

Ohne europäische Solidarität und ohne entschlossenes internationales Handeln werden wir eines Tages nicht mehr gefordert, sondern überfordert sein.

Und dann können wir unserer Aufgabe nicht mehr gerecht werden – oder zumindest nicht mehr in dem Maße, wie es unser eigener Anspruch ist.

Deshalb begrüße und unterstütze ich ausdrücklich die Bemühungen der Bundeskanzlerin auf europäischer und internationaler Ebene.

Kraftvolles Krisenmanagement

Europa muss endlich entschlossen handeln und die Fluchtursachen international wirksam bekämpfen.

Jeder muss im Rahmen seiner Zuständigkeit seinen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderung leisten. Das gilt auch für uns.

In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die bei uns in Baden-Württemberg Zuflucht suchen, dramatisch erhöht (Erstantragssteller):

2011: 5.000 Flüchtlinge

2012: 8.000

2013: 14.000

2014: 26.000

2015: 100.000 (Prognose BAMF)

Allein im September sind mehr Flüchtlinge nach Baden-Württemberg gekommen wie im ganzen Jahr 2014.

Auf diesen dramatischen Anstieg waren wir nicht, war niemand im Bund und in den Ländern, ausreichend vorbereitet.

Aber die Landesregierung handelt, und zwar früh, koordiniert und entschlossen:

- Wir haben als erstes Bundesland im Oktober 2014 einen Flüchtlingsgipfel mit allen relevanten Akteuren aus Politik und Gesellschaft einberufen.
- Wir haben im Juli dieses Jahres einen zweiten Flüchtlingsgipfel folgen lassen, noch bevor die Bundesregierung ihren ersten Gipfel überhaupt geplant hat.
- Wir haben eine Lenkungsgruppe im Land eingerichtet, in die die kommunalen Landesverbände eingebunden sind. Diese entscheidet schnell und handelt entschlossen.
- Wir sind durch Staatssekretär Klaus-Peter Murawski im Koordinierungsstab von Bund und Ländern vertreten und stimmen uns in allen operativen Fragen eng mit der Bundesregierung und den anderen Ländern ab.
- Wir haben in kürzester Zeit neue Erstaufnahmeeinrichtungen in Ellwangen, Meßstetten, Heidelberg, Neuenstadt, Weingarten, Hechingen, Karlsruhe, Hardheim, Immendingen, Sigmaringen, Mannheim, Sinsheim, Donaueschingen, Offenburg, Freiburg, Villingen-Schwenningen, Bruchsal, Wertheim, Sasbachwalden, Philippsburg und Rottenburg geschaffen und wir

planen weitere in Herrenberg, Tübingen und Schwäbisch Hall. Und mit weiteren Standorten sind wir in Verhandlungen.

2012 hatte das Land nur eine Landeserstaufnahmestelle, die in Karlsruhe, mit 900 Regelplätzen.

Heute haben wir eine Regelkapazität von rund 23.500 Plätzen – eine Versechszwanzigfachung in weniger als drei Jahren!

Damit haben wir die Zielmarke, die wir uns beim 2. Flüchtlingsgipfel im Juli für das Jahr 2016 gesetzt hatten, schon heute deutlich übertroffen.

Und auch bundesweit liegen wir bei den Erstaufnahmekapazitäten ganz weit vorn.

- Wir haben zahlreiche neue Stellen in den Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen, um die steigende Zahl der Flüchtlinge organisatorisch bewältigen zu können.
- Wir haben die Polizei gestärkt, 16 neue Verwaltungsrichter eingestellt und pro 100 Flüchtlinge eine Sozialarbeiterstelle geschaffen.

Darüber hinaus schaffen wir im Haushaltsvollzug weitere rund 250 Stellen (246,5 Stellen) für die Erstaufnahmeeinrichtungen und die Regierungspräsidien und werden diese nun im Nachtragshaushalt abbilden. Damit:

- gewährleisten wir die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge,
- verbessern und intensivieren die Rückkehrberatung und
- beschleunigen die Rückführung abgelehnter Asylbewerber.

Zudem werden wir eine neue Abteilung „Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement“ im Innenministerium einrichten, zusätzliche Stellen im Integrationsministerium schaffen und auch im Regierungspräsidium Karlsruhe eine zusätzliche Abteilung „Aufnahme, Unterbringung, Verteilung“ einrichten.

Wir stellen zusätzliche Mittel für die Mehrarbeitsvergütung bei der Polizei bereit.

Außerdem schaffen wir mindestens 2 weitere Kammern an den Verwaltungsgerichten. Damit leisten wir unseren Beitrag, um die Durchschnittsdauer der Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes in Asylstreitigkeiten auf möglichst zwei Wochen zu verkürzen – wie es sich Bund und Länder beim Flüchtlingsgipfel zum Ziel gesetzt haben.

- Wir haben die Flüchtlingspauschale für die Kommunen von rund 10.000 Euro in 2010 auf 13.260 Euro aufgestockt: im nächsten Jahr steigt sie sogar auf knapp 14.000 Euro – so stark unterstützt kaum ein Land seine Kommunen.

- Und mit den kommunalen Spitzenverbänden haben wir einvernehmlich vereinbart, die Liegenschaftsausgaben für dieses und das letzte Jahr voll zu erstatten.
- Was die künftige Ausgestaltung der Finanzierung angeht, sind wir mit den kommunalen Landesverbänden im Gespräch. Diese wollen sich bis Ende dieser Woche auf eine gemeinsame Position verständigen. Wir sind offen für ihre Wünsche und Vorschläge.
- Ein weiterer wichtiger Schritt ist die neue zentrale Registrierungsstelle in Heidelberg, die wir gerade einrichten.

Dort werden in Zukunft bis zu Dreiviertel aller Flüchtlinge, die zu uns kommen, innerhalb weniger Tage registriert, erkennungsdienstlich behandelt und medizinisch untersucht. Außerdem können sie dort ihren Asylantrag stellen.

Diejenigen Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive werden danach direkt an die Kommunen verteilt, diejenigen mit schlechter Bleibeperspektive kommen in eine der Erstaufnahmeeinrichtungen.

Bereits in Heidelberg werden wir eine Rückkehrberatung durchführen, um auch hier zu beschleunigen.

Mit Heidelberg haben wir in der Erstaufnahme ein Konzept aus einem Guss. Dieses neue baden-württembergische Modell ist bundesweit einmalig und bringt deutliche Verbesserungen.

- Neue Wege wollen wir auch bei der Gesundheitsversorgung gehen. Führende Ärztevertreter haben uns angeboten, dass freiwillige Ärzte im Ruhestand in Zukunft in den Erstaufnahmeeinrichtungen mithelfen, um die Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Ein tolles Angebot, wie ich finde.

In der kommenden Woche werden wir im Lenkungskreis mit den Ärztevertretern und der AOK beraten, wie wir diesen Vorschlag in die Praxis umsetzen können.

Kurz gesagt: Wir handeln koordiniert, entschlossen und mit ganzer Kraft, um unserer Verantwortung bestmöglich gerecht zu werden.

Angesichts der Größe der Herausforderung läuft natürlich nicht immer alles sofort rund. Immer wieder stoßen wir an Grenzen.

Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind aufgrund der Entwicklungen der letzten Wochen trotz der Versechszwanzigfachung der Kapazitäten mit derzeit über 32.000 Menschen überfüllt. Verwaltung und Polizei arbeiten am Anschlag. Wir alle arbeiten im Krisenmodus und fahren auf Sicht.

In einer solchen Notsituation muss man einfach schnell entscheiden und handeln und kann nicht – wie in normalen Zeiten – immer alle so frühzeitig informieren und einbinden wie wir uns das wünschen würden. Das ist unmöglich, wenn beispielsweise nachts ein Zug mit 700 Menschen unerwartet ankommt.

Wir betreiben Krisenmanagement, das geht nicht nach den Regeln der Diplomatie. Und wir gehen pragmatisch und lösungsorientiert vor.

Beispiele:

- Im Flüchtlingsaufnahmegesetz haben wir 2013 beschlossen, dass pro Flüchtling 7 qm zur Verfügung stehen sollen statt 4,5 wie bisher. Diese Regel haben wir ausgesetzt, weil es derzeit nicht anders geht.
- Große Erstaufnahmeeinrichtungen sind nicht ideal, aber es geht derzeit nicht anders.

Es ist besser, in einem Zelt zu übernachten, als auf der Straße.

Aber die Lage spitzt sich weiter zu:

- Allein seit dem 5. September kamen über 27.000 Flüchtlinge in Baden-Württemberg an.
- Derzeit nehmen wir täglich rund 2.000 Flüchtlinge auf – und es werden immer mehr.
- Allein aus Bayern werden uns täglich knapp fast 1000 Personen zugewiesen.

Wir werden daher ab sofort bis zu 4.500 Personen wöchentlich an die Kreise zuweisen müssen – 1.000 mehr als zuletzt.

Wir haben es bisher geschafft, alle Flüchtlinge unterzubringen. Und ich würde behaupten: im Ländervergleich nicht schlecht. Ein gewaltiger Kraftakt, eine starke Gemeinschaftsleistung von Land und Kommunen!

Dafür möchte ich allen Beteiligten ganz herzlich danken:

- den Kommunen,
- den Landkreisen,
- den Bürgermeistern und Oberbürgermeistern,
- den Landräten,
- den Regierungspräsidenten,
- den beteiligten Ministern,

- den Mitgliedern unseres Lenkungskreises und
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes

– herzlichen Dank Ihnen allen für den geleisteten Kraftakt!

Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei allen Städten und Gemeinden, in denen Erstaufnahmeeinrichtungen angesiedelt sind.

Wir wissen, dass diese Kommunen aufgrund aktuell leider nicht vermeidbarer Überbelegungen besonderen Belastungen und Stress ausgesetzt sind.

Diese Städte und Gemeinden und vor allem die Mitarbeiter der Einrichtungen leisten für unser ganzes Land Außergewöhnliches! Herzlichen Dank dafür!

Aber auch ohne die vielen Tausend Ehrenamtlichen, die sich für die Flüchtlinge engagieren, teilweise bis zum Rand der Erschöpfung und manchmal auch darüber hinaus, hätten wir die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, kaum halbwegs ordentlich unterbringen und versorgen können; auch ihnen gilt mein tiefer Dank!

Ohne das Engagement der Bürgerinnen und Bürger wären wir nicht in der Lage, die Herausforderung zu schaffen. Daher unterstützen wir die Ehrenamtlichen:

- mit einem Förderprogramm zur Unterstützung und zum Aufbau von lokalen Bündnissen der Flüchtlingsarbeit in Höhe von 2 Mio. Euro,
- mit einem Programm der Landesstiftung, das ehrenamtliche Helferkreise unterstützt,
- mit unserem Handbuch Flüchtlingshilfe und Online-Angeboten, die die Ehrenamtlichen mit ganz praktischen Hilfestellungen bei ihrer Arbeit unterstützen.

Ein wichtiges Angebot ist auch das Ombudswesen an den Landeserstaufnahmeeinrichtungen. Dieses richtet sich an Flüchtlinge und Ehrenamtliche, aber vor allem auch an Nachbarn und Einheimische. Sie können dort Sorgen und Ängste vorbringen – und es wird dann nach Lösungen für die vorgebrachten Probleme gesucht.

Darüber hinaus haben wir eine landesweite Ombudsstelle beim Integrationsministerium eingerichtet, die schnell und informell Beschwerden und Anregungen aufnehmen und die zuständigen Behörden einschalten kann.

Ein pragmatischer Humanismus – das leitet unser Handeln im Hinblick auf die Flüchtlinge im Land. Das ist unser Anspruch – gemeinsam sind wir ihm bisher in Baden-Württemberg gerecht geworden.

Verantwortungsgemeinschaft und Flüchtlingsgipfel Bund

Als Land alleine werden wir die Herausforderung nicht bewältigen können, nur in einer Verantwortungsgemeinschaft von Europa, Bund, Ländern und Kommunen können wir die Aufgabe meistern.

Deshalb war ich über Wochen in intensiven Gesprächen und Verhandlungen mit der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der anderen Länder.

Wir haben uns früh mit konkreten Vorschlägen in die Verhandlungen eingebracht und letztlich eine Menge durchsetzen können. Aber auch wir haben natürlich Kompromisse gemacht.

Denn: In Zeiten der Krise ist ein Geist der Kompromissbereitschaft unerlässlich. In Zeiten der Krise muss gemeinsames Handeln vor politische Profilierung gehen. Konsensorientierung und weniger Konfliktbereitschaft ist hier angesagt.

Ich bin froh, dass wir uns beim Flüchtlingsgipfel in Berlin auf ein Gesamtpaket verständigen konnten.

Ein Paket, das unserer gemeinsamen Verantwortung gerecht wird, das politisch breit getragen wird und das vor allen Dingen Ergebnisse bringt, die uns voranbringen.

Im Einzelnen:

- Im Jahr 2015 wird der Bund die Länder und Kommunen um 1 Mrd. Euro zusätzlich entlasten und mit den beschlossenen Maßnahmen in 2016 um mindestens 4 Mrd. Euro.
- Der Bund wird sich nun endlich dauerhaft, strukturell und dynamisch an den Kosten der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge beteiligen. Und zwar in Form einer Pauschale von 670 Euro monatlich für jeden Flüchtling von der Registrierung bis zum Abschluss des Verfahrens.

Dadurch werden die Länder und die Kommunen dauerhaft um Milliarden entlastet. Das ist ein ganz wichtiger Fortschritt, für den wir hart gekämpft haben.

- Der Bund wird die Begleitung unbegleiteter Minderjähriger verbessern und hierfür jährlich 350 Mio. Euro bereitstellen.
- Ebenfalls wird der Bund die Mittel für den sozialen Wohnungsbau um 500 Mio. Euro jährlich für die Jahre 2016 bis 2019 aufstocken.
- Und die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes freiwerdenden Mittel werden an die Länder für Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung gegeben.

- Das A und O bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation ist die Verfahrensdauer. Derzeit dauert ein Asylverfahren im Schnitt 5 bis 6 Monate. Mit der Kopplung der Pauschale vom Bund an die Verfahrensdauer ist endlich ein Anreiz geschaffen worden, diese Verfahren zu verkürzen und dafür die notwendigen personellen Voraussetzungen im BAMF zu schaffen. Auch das ist ein wichtiger Fortschritt.

Wenn wir hier jetzt eine Beschleunigung hinbekommen, werden die Erstaufnahmeeinrichtungen entlastet, die Flüchtlinge werden nicht so lange in Ungewissheit gelassen und der Anreiz nach Deutschland zu kommen, würde für jene ohne Aussicht auf Bleiberecht drastisch verringert.

Abgelehnte Bewerber hätten schneller Klarheit und würden schneller in ihre Heimat zurückkehren oder zurückgeführt. Und jene, die bleiben können, könnten schneller integriert werden und schneller in Arbeit kommen.

- Beschlossen wurde auch die Möglichkeit, dass die Länder künftig Asylbewerber bis zu sechs Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen unterbringen können. Bisher lag die Höchstdauer bei drei Monaten.

Damit können wir nun dem Wunsch unserer Kreise nachkommen, möglichst nur noch Flüchtlinge mit einer Bleibeperspektive oder abgeschlossenem Asylverfahren an sie weiter zu verteilen.

Teil des Pakets ist auch ein gesteuerter Zugang zu Arbeit und Ausbildung für Menschen vom Balkan, für die das Asylrecht zu 99 Prozent eine Sackgasse bildet – übrigens schon bevor sie zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt wurden.

Künftig dürfen die Menschen, die einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag vorweisen können, in Deutschland arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen.

Davon haben beide Seiten etwas: Hochmotivierte Menschen vom Balkan bekommen bei uns eine Chance, zum Beispiel in der Pflege und in Mangelberufen. Unsere Unternehmen profitieren, da sie in einigen Bereichen auf Arbeitskräfte und Azubis aus dem Ausland angewiesen sind.

Das ist ein wichtiger und richtiger Schritt, um Druck vom Asylsystem zu nehmen.

- Auch bei der Gesundheitskarte ist die Zeit des Verzögerns und Aussitzens endlich vorbei. Flüchtlinge müssen künftig nicht mehr zuerst zum Amt gehen, bevor sie einen Arzt aufsuchen können. Das ist gut.

Denn das bisherige Procedere war für die Flüchtlinge belastend und für die

Verwaltungen vor Ort ein überflüssiger bürokratischer Aufwand.

Ich möchte aber noch einmal klar sagen: mit der Gesundheitskarte geht keine Ausweitung des Leistungskatalogs einher.

Verbessert wird jedoch künftig der Impfschutz für Flüchtlinge, und anerkannte Asylbewerber erhalten einen besseren Zugang zu psychologischer Betreuung. Ein guter Schritt, denn gerade Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern sind oft traumatisiert.

Zukünftig können auch Flüchtlinge mit einer medizinischen Ausbildung in die medizinische Erstversorgung anderer Asylsuchender in den Aufnahmeeinrichtungen eingebunden werden. Sie können also selbst mit anpacken – auch das ist ein gutes Ergebnis.

- In Zukunft haben Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive von Anfang an Anspruch auf aktive Arbeitsmarktförderung, auf Sprach- und Integrationskurse. Das ist ein wirklicher Paradigmenwechsel.
- Außerdem wird es Bauerleichterungen für Flüchtlingseinrichtungen geben, um die Unterbringung von Asylbewerbern zu erleichtern. Ich habe das mit meinem Kollegen Scholz schon einmal durchgesetzt. Das wird nun fortgesetzt.
- Der bisher mit dem „Taschengeld“ abgedeckte Bedarf soll künftig, sofern mit vertretbarem Verwaltungsaufwand möglich, in Erstaufnahmeeinrichtungen in Form von Sachleistungen erbracht werden. Hierfür kommen auch Wertgutscheine in Frage, mit denen die Flüchtlinge bargeldlos einkaufen können.
- Vollziehbar Ausreisepflichtige, die sich ihrer Rückführung entziehen, bekommen künftig keine Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mehr, sondern nur noch das unbedingt Notwendige. Diese Verschärfung greift nicht, wenn die Person unverschuldet – beispielsweise weil sie krank ist – an der Ausreise gehindert wird.

Im Übrigen kürzt Baden-Württemberg schon bisher Personen, die sich einer Abschiebung entzogen haben, das Taschengeld.

Baden-Württemberg liegt in Deutschland im oberen Drittel bei der Abschiebung. Aber auch bei uns – wie in ganz Deutschland – wird derzeit nur ein Teil der Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, auch tatsächlich zurückgeführt. Die Gründe hierfür sind vielfältig: ein wichtiger sind fehlende Pässe.

Daher ist die von mir schon lange geforderte und jetzt geplante Schaffung einer Passersatzbeschaffungsstelle richtig. Darüber hinaus wird der Bund die

Länder zukünftig bei der Rückführung aus den Erstaufnahmeeinrichtungen durch die Bundespolizei unterstützen. Durch diese Maßnahmen werden wir bundesweit vorankommen.

- Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt.

Der Bund wird sich gleichzeitig aktiv für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Minderheiten, vor allem der Roma, im Westbalkan einsetzen, und die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wird alle zwei Jahre überprüft.

Damit dieses umfassende Gesamtpaket möglich wurde, mussten alle Seiten Kompromisse eingehen.

Das ist eine veritable Leistung: Parteiübergreifend haben die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten aller Länder und die Bundeskanzlerin zusammengefunden und sich geeinigt.

Der Konsens der demokratischen Parteien ist in dieser sensiblen Frage ein Wert an sich. Wir sind kompromissfähig, wir nehmen unsere Verantwortung wahr, wir handeln gemeinsam – ein Signal nach innen und nach Europa!

Und deshalb wird Baden-Württemberg den Ergebnissen des Gipfels im Bundesrat zustimmen. Dass im Gesetz steht, was wir verhandelt haben, davon gehe ich selbstredend aus.

Die größte Herausforderung und die größte Chance liegen noch vor uns: Integration

Ein kraftvolles Krisenmanagement ist unerlässlich, aber wir dürfen dabei das noch Entscheidendere nicht vernachlässigen: eine engagierte und vorausschauende Integrationspolitik.

Auch dafür sind unsere Beschlüsse vom Gipfel letzter Woche ein gutes Signal.

Denn eines hat die Vergangenheit klar gezeigt: Ob Zuwanderung ein dauerhafter Erfolg oder eine dauerhafte Belastung wird, hängt entscheidend davon ab, ob die Integration der Menschen, die zu uns kommen, gelingt.

Was wir auf dem Feld der Integration in den kommenden Monaten und Jahren tun, ist daher eine ganz entscheidende Frage für die Zukunft unseres Landes.

Sie entscheidet darüber, ob die, die heute zu uns kommen, in Zukunft Hartz IV beziehen oder

- als Rettungssanitäter Leben retten,
- bei Daimler die neueste S-Klasse mitentwickeln oder
- als Fußballer den VfB Stuttgart wieder erfolgreich machen.

Kurz: ob aus Flüchtlingen Leistungsempfänger oder Leistungsträger werden.

Ich war im Mai im Silicon Valley. Da habe ich unter anderem auch Apple besucht – das wertvollste Unternehmen an der Börse, eine unvorstellbare amerikanische Erfolgsgeschichte.

Was viele nicht wissen: der Vater von Steve Jobs war Syrer. 1954 wanderte er in die USA aus. Natürlich ist dies eine einmalige Geschichte, aber sie zeigt dennoch, welche Chancen auch wirtschaftlicher Art in Zuwanderung stecken.

Und wer weiß: Vielleicht steckt ja in einem der vielen Flüchtlingskinder, die zurzeit zu uns kommen, der nächste Steve Jobs, der sein Erfolgsunternehmen dann nicht im Silicon Valley, sondern in einem Schwarzwaldtal gründet.

Deshalb dürfen sich die großen Fehler, die wir in der Vergangenheit bei Fragen der Integration gemacht haben, in Zukunft nicht wiederholen.

Dabei sehe ich vor allem zwei große Fehler, die wir zukünftig vermeiden müssen. Der eine geht – wenn man die historischen Ursprünge etwas vereinfacht betrachtet – eher auf das Konto des linken politischen Lagers, der andere eher auf das Konto des rechten.

- Der erste große Fehler war eine zu große Toleranz gegenüber Verhaltensweisen, die mit den Werten unserer Verfassung nicht vereinbar sind. Die Lehre daraus ist: Wer zu uns kommt, den müssen wir auch fordern.
- Der zweite große Fehler war es, den Menschen keine vollumfänglichen Zugänge in unsere Gesellschaft, in unsere Kultur zu eröffnen, ja, sie zum Teil sogar zu versperren. Damit meine ich etwa den Zugang zu unserer Sprache, aber auch den Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Lehre daraus ist: Wer zu uns kommt, den müssen wir auch fördern.

Wir müssen Integration als das sehen, was sie ist – nämlich als einen komplexen Prozess, der die Gesellschaft und die Individuen verändert.

Und diese Veränderung muss aktiv gestaltet werden. Dabei sind beide Seiten gefordert: Mehrheitsgesellschaft und Migranten.

Wir geben einen Vertrauensvorschuss, wir investieren in die Zukunft der Menschen, die zu uns kommen, wir leben eine Willkommenskultur, aber wir erwarten im Gegenzug Leistungsbereitschaft, Anstrengung, Verantwortungsbereitschaft und Integrationswillen – darauf kommt es an!

Integration fordern und Integration fördern, das ist – auf eine Formel gebracht – unsere Leitlinie.

Und ich bin mir sicher, mit einer solchen Haltung können wir Zuwanderung zu einer Erfolgsgeschichte machen.

Lassen Sie mich die damit zusammenhängenden Fragen vertiefen.

Grundgesetz

Zunächst zur Frage des Forderns:

Grundlage unseres Zusammenlebens ist das Grundgesetz.

Ich will daran erinnern, dass eine Verfassung staatsphilosophisch einen Gesellschaftsvertrag darstellt, auf den sich alle stellen. Das kommt im englischen Wort „constitution“ sehr gut zum Ausdruck. Die Verfassungsordnung ist also die Ordnung, auf die wir uns alle stellen.

Wir haben ein hervorragendes Grundgesetz. Darauf sind wir zu Recht stolz, denn es enthält die Werte, die uns in den vergangenen Jahrzehnten ein Leben in Frieden und Freiheit ermöglicht haben.

Unsere Verfassungsordnung hat sich bewährt – politisch, kulturell und auch wirtschaftlich. Das Demokratieprinzip, das Rechtsstaatsprinzip, das Sozialstaatsprinzip sind in ihr fest verankert. Aber es ist auch die Grundlage einer wirtschaftspolitischen Ordnung, der sozialen Marktwirtschaft, die uns auch zu einem wirtschaftlich erfolgreichen Land werden ließ. So sind wir überhaupt erst in der Lage, weil wir diese Werte und Normen leben und eine prosperierende Wirtschaft haben, Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Werte des Grundgesetzes gelten für uns selbst, sie gelten aber auch für die, die zu uns kommen.

Zum Beispiel die Religionsfreiheit oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau – diese Werte zu respektieren, zu leben – das fordern wir ein. Da gibt es keine Rabatte.

Wir dürfen dabei durchaus geduldig sein, aber wir müssen immer klar dabei sein.

Um die Flüchtlinge mit unserer Verfassungsordnung vertraut zu machen, ihnen das Hereinfließen in unsere Gesellschaft und ihre Regeln zu erleichtern, hierfür sind Integrationskurse ein ganz wichtiger Baustein.

Der Gipfelbeschluss, die Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive zu öffnen und hierfür die Mittel aufzustocken ist deshalb ein sehr guter Schritt.

Sprache und Schule

Unsere Schülerzahlen gehen zurück, die vielen jungen Flüchtlinge, die zu uns kommen, sind daher eine große Chance für unser Land, aber auch eine gewaltige Herausforderung für die Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher.

Wir müssen die Kinder der Flüchtlinge sofort integrieren.

Sprache ist der Schlüssel für Integration, jeder hier investierte Euro wird sich dreimal auszahlen.

Kinder lernen sehr schnell, Kinder können die Pioniere der Integration werden und auch ihren Eltern helfen, sich bei uns zurechtzufinden.

Deshalb haben wir als Landesregierung rechtzeitig reagiert und sind gut aufgestellt. Wir haben Vorbereitungsklassen für die Flüchtlinge an den allgemeinen und an den beruflichen Schulen eingerichtet und dafür 562 Lehrerstellen bereitgestellt.

Auch im vorschulischen Bereich sind wir aktiv: In Sprachförderung und Eltern-Kind-Programme für Flüchtlingskinder und ihre Familien investieren wir in diesem Jahr 2 Mio. Euro und im kommenden Jahr 2,8 Mio.

Und gerade bei der Integration der Flüchtlinge wird es sich auszahlen, dass wir unser Bildungssystem leistungsfähiger und gerechter machen: vom Ausbau der Kita-Plätze und einer besseren Sprachförderung im Kindergarten über die neue Gemeinschaftsschule, den Ausbau der Ganztagschulen und zusätzliche Lehrer für die individuelle Förderung bis hin zur Abschaffung der Studiengebühren. Alls das sind gute Voraussetzungen, die wir geschaffen haben.

Arbeit und Qualifizierung

Der Daimler-Vorstandsvorsitzende Dieter Zetsche sagte, die mehr als 800.000 Menschen, die nach Deutschland kommen, aufzunehmen, sei eine Herkulesaufgabe.

Da hat er Recht, er hat aber auch Recht mit der Aussage, ich zitiere:

„Aber im besten Fall kann es auch eine Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden – so wie die Millionen von Gastarbeitern in den 50er und 60er Jahren ganz wesentlich zum Aufschwung der Bundesrepublik beigetragen haben.“

Wir werden älter und weniger, die Menschen, die zu uns kommen, sind daher eine Chance, den demographischen Wandel abzufedern, die Rente zu stabilisieren, den Fachkräftemangel zu mildern, die deutsche Wirtschaft leistungsstark zu halten.

Nicht wenige, die zu uns kommen oder zu uns kommen wollen, sind exzellent ausgebildet. Lassen wir sie bei uns arbeiten. Denn Arbeit ist der Integrationsmotor schlechthin. Dass die Integration von Migrantinnen und Migranten bei uns in Baden-Württemberg alles in allem so gut gelungen ist, hat vor allem mit Integration durch Arbeit zu tun.

Deshalb haben wir ein Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse verabschiedet.

Wir haben mit dem Asylkompromiss im vergangenen Jahr auf Bundesebene durchgesetzt, dass das absolute Beschäftigungsverbot deutlich gelockert wurde.

Und beim Gipfel letzter Woche habe ich erreicht, dass es zukünftig eine Möglichkeit für legale Arbeitsmigration aus dem Westbalkan geben wird. Wichtige Fortschritte, um die fatale Fehlsteuerung, dass Leute arbeiten können, arbeiten wollen, ihre Arbeitskraft gebraucht wird, sie aber nicht dennoch nicht arbeiten dürfen, zu beenden!

Klar ist aber auch: viele Flüchtlinge erfüllen nicht die Anforderungen des deutschen Arbeitsmarkts.

Doch die meisten sind hochmotiviert. Ich erlebe immer wieder, dass mich Flüchtlinge händeringend darum bitten, endlich etwas tun zu dürfen. Sie wollen nicht nutzlos herumsitzen.

Bei meinem Besuch in einer Unterkunft für Asylbewerber in Weingarten sprach mich ein Flüchtling aus Nigeria an. Er bat mich inständig, zu ermöglichen, dass er uns durch „harte Arbeit“ seine Dankbarkeit erweisen könne. Er wolle Deutschland für die große Hilfsbereitschaft etwas zurückgeben.

Deshalb müssen wir diese Leute schnellstmöglich qualifizieren.

Deshalb haben wir:

- durchgesetzt, dass die Duldung von Jugendlichen in Ausbildung erleichtert wird,
- ein Programm zur Förderung von „Kümmerern“, die Flüchtlinge in Beschäftigung und Ausbildung bringen, aufgesetzt,
- ein Programm aufgesetzt zur Sprachförderung und Arbeitsintegration in Höhe von 10 Mio. Euro,
- ein bundesweit einmaliges Stipendienprogramm für Flüchtlinge aus Syrien aufgelegt und
- den Hochschulzugang erleichtert.

Wohnen

Auch die Frage der Schaffung von Wohnraum ist für die Integration von großer Wichtigkeit.

Wir haben schon heute in vielen Teilen des Landes zu wenig bezahlbare Wohnungen.

Wenn wir hier nicht massiv investieren, dann laufen wir in eine hochproblematische Konkurrenzsituation hinein zwischen denen, die nur einen kleinen Geldbeutel haben und heute schon Schwierigkeiten haben eine Wohnung zu finden und denen, die wir aufgrund der Zuwanderung zusätzlich unterbringen müssen.

Das gilt es zu verhindern.

Deshalb unterstützen wir die Kommunen schon heute mit einem speziellen Bauprogramm in Höhe von 30 Mio. Euro beim Bau von Flüchtlingsunterkünften. Dieses führen wir fort und stellen 2016 weitere 30 Mio. Euro zur Verfügung.

Außerdem zahlt es sich auch angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation aus, dass wir die Wohnraumförderung des Landes um über 60 Prozent gegenüber der Vorgängerregierung erhöht und die Förderung von Mietwohnraum in den Mittelpunkt gestellt haben.

Das sind wichtige Beiträge, sie reichen aber bei Weitem nicht aus.

Der Beschluss auf dem Gipfel von letzter Woche, in den kommenden Jahren die Mittel für den sozialen Wohnungsbau um jährlich 500 Mio. Euro von Seiten des Bundes zu erhöhen, ist deshalb ein ganz wichtiger Schritt!

Es geht aber nicht nur um Geld.

Wir wollen keine Ghettos auf der grünen Wiese errichten.

Deswegen müssen wir kleinteilig, integriert und nachhaltig bauen. Das macht es am Anfang nicht einfacher, zahlt sich aber langfristig aus. Denn kurzlebige Billigbauten, die dann zu dauerhaften Provisorien werden, sind keine sinnvolle Lösung.

Deshalb unterstützen wir die Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und bauen bürokratische Hemmnisse ab.

Wir werden unsere Instrumente zur Verhinderung von Flächenfraß lockern, um neue Flächen auf dem Land und in den Ballungsräumen zu gewinnen.

Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur ist dabei, dafür zu sorgen, dass die Instrumente entsprechend angepasst werden.

Darüber hinaus haben wir eine Arbeitsgruppe der zuständigen Ministerien auf Ebene der Amtschefs eingerichtet und werden hier auch die Kommunen miteinbeziehen.

Wir werden im Oktober einen Wohnungsbaugipfel mit allen relevanten Akteuren im Land unter der Leitung meines Stellvertreters Nils Schmid veranstalten, um eine Offensive für bezahlbaren Wohnraum zu starten.

Und es besteht Aussicht, dass Bund und Länder steuerliche Abschreibungen ermöglichen. Denn es ist klar: Ohne privates Kapital zu investieren, können wir diese gewaltige Aufgabe nicht stemmen.

Wir gehen die Aufgabe, ausreichend Wohnraum zu entschlossen, systematisch und umfassend an. Und wir werden die Kommunen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Also: Pragmatisch, unbürokratisch, nachhaltig und lösungsorientiert – so müssen wir gemeinsam mit unseren Kommunen und dem Bund für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen.

Die Chancen nutzen

Meine Eltern waren selbst Flüchtlinge. Mein ältester Bruder ist auf der Flucht als Säugling gestorben. Meine Eltern waren lange in Dänemark interniert. Das war nicht einfach damals, aber wir haben es geschafft. Baden-Württemberg ist meine Heimat geworden, durch und durch.

Auch aus dieser persönlichen Erfahrung heraus weiß ich um die Schwierigkeiten, die auf uns zukommen, aber eben auch um die Chancen.

Wir wollen die Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben, integrieren. Das verlangt uns viel ab, aber genauso verlangt es auch den Flüchtlingen viel ab.

Denn klar ist: Integration findet auf der Basis unserer Verfassungsordnung statt – nicht neben, hinter oder gar über ihr.

Es ist ja auch das Grundgesetz, das das Recht auf Asyl eröffnet und damit den Flüchtlingen erst die Möglichkeit gibt, zu uns zu kommen.

Baden-Württemberg war schon immer Einwanderungsland und hat bereits bewiesen, dass es erfolgreich Menschen integrieren kann: Vertriebene, Gastarbeiter, Balkankriegsflüchtlinge.

Wir können es schaffen, wenn wir die Sache mutig, pragmatisch und realistisch angehen.

Ich will, dass diejenigen, die heute zu uns kommen, in einigen Jahren sagen können: Ja, wir wurden freundlich aufgenommen, ja, wir sind dankbar dafür etwas zurückgeben zu dürfen, ja Baden-Württemberg ist uns Heimat geworden, ja Deutschland ist unser Land, und ja, Europa ist unsere Zukunft!

Herzlichen Dank.